



Bad Schwalbach, den 03.02.2017

Niederschrift

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	7/X. Wahlperiode
Datum	Freitag, 3. Februar 2017
Sitzungsbeginn	09:00 Uhr
Sitzungsende	12:55 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Sandro Zehner

Stellv. Vorsitzende

Frau Ingrid Reichbauer

Landrat

Herr Burkhard Albers

Mitglied

Herr Michael Barth

Herr Sebastian Busch

Herr Maximilian Faust

Herr Klaus Gagel

Herr Jan Kraus

Herr Walter Lieber

Herr Georg A. Mahr

Herr Karl Mayer

Herr Stefan Müller

Herr Joachim Reimann

Herr Thomas Zarda

FWG Fraktion

Frau Inga Rossow

Stellv. Mitglied

Herr Ali Emamalizadeh

entschuldigt

Herr Matthias Hannes

Herr Roland Piper

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann

Herr Horst-Dieter Kuhn

Herr Manfred Pfaff

Herr Jürgen Schwalbach

Schriftführer

Herr Harald Rubel

Ausschussvorsitzender Zehner eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung liegen keine Wünsche vor.

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

TOP 1	DS	Genehmigung der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.12.2016
-------	----	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

TOP 2	DS X/264	Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr
-------	----------	---

Zur Beratung liegen folgende Unterlagen oder Anträge vor bzw. werden eingereicht:

- | | |
|---|--------------------------|
| ➤ Antworten auf Fragen der FDP | Anlage 1 |
| ➤ Antworten auf Fragen der GRÜNEN | Anlage 2 |
| ➤ Änderungsliste der Verwaltung (Stand 2.2.2017) | Anlage 3 |
| ➤ Antrag der AfD | Anlage 4 |
| ➤ Anträge der SPD | Anlagen 5 und 6 |
| ➤ Anträge der GRÜNEN
12 | Anlagen 7 – |
| ➤ Anträge der CDU | Anlagen 13 und 14 |
| ➤ Anträge der LINKEN | Anlage 15 |
| ➤ Anträge der FDP | Anlagen 16 – 19 |

Zum Verfahren schlägt Ausschussvorsitzender Zehner vor, zunächst die Änderungsliste der Verwaltung (**Anlage 3**) und sodann die Anträge der Fraktionen aufzurufen.

Ausschussvorsitzender Zehner ruft die Änderungsliste seitenweise zur Beratung auf, Fragen werden gestellt zur Position 6 von der Abg. Rossow und zur Position 15 durch den Abg. Mahr. Landrat Albers beantwortet die Fragen.

Abg. Zarda spricht sodann die Anträge der CDU-Fraktion (**Anlagen 13 und 14**) an und Landrat Albers gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Reimann, Mahr, Zarda, Reichbauer, Rossow, Müller und Gagel. Stellvertretende Ausschussvorsitzende Reichbauer übernimmt die Sitzungsleitung und erteilt das Wort dem Abg. Zehner.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Landrat Albers, der in Aussicht stellt, den Betrag in Pos. 15 von 250.000.- € auf ggf. 400.000.- € für die Erstattung an Städte und Gemeinden zu erhöhen, Rossow, Zarda und Barth. Abg. Reimann beantragt schließlich, die Anträge der CDU (**Anlage 13 und 14**) zu vertagen. Der Antrag wird bei

6 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme und
7 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Zur Pos. 25 der Änderungsliste beantragt der Abg. Müller die Anbringung eines Sperrvermerkes (Freigabe HFA) bis zu einer Zustimmungs- und Beteiligungserklärung der

Anrainerkommunen der Aartalbahn, Bad Schwalbach, Taunusstein und Aarbergen. An der Aussprache hierzu beteiligen sich Landrat Albers und die Abg. Lieber, Müller, Barth und Zehner, der die Sitzungsleitung an seine Stellvertreterin übergeben hatte.

Der Antrag wird sodann bei

4 JA-Stimmen und
10 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen zur Änderungsliste liegen nicht vor. Die Änderungsliste wird anschließend en bloc mit

7 JA-Stimmen
1 NEIN-Stimme und
6 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Ausschussvorsitzender Zehner ruft die Fraktionsanträge zur Beratung auf und beginnt mit dem Antrag der AfD (**Anlage 4**). An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mayer mit Begründung des Antrages, Reimann, Mahr, Reichbauer und Landrat Albers.

Der Antrag wird bei

2 JA-Stimmen
11 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Zum Haushaltsprüfantrag der SPD (**Anlage 5**) beteiligen sich an der Aussprache die Abg. Mahr, mit Begründung des Antrages, Barth, Müller, Zarda, Reichbauer, Rossow und Landrat Albers, der darum bittet, alle Hallen in die Prüfung einzubeziehen und die zusätzlichen betriebsbedingten Nutzungskosten bei der Vermietung an Dritte für jede Halle auszuweisen. Mit diesen Hinweisen wird der Antrag sodann

einstimmig

beschlossen.

Die Abg. Reimann und Faust verlassen gegen 11.05 Uhr die Sitzung.

Der Haushaltsantrag „Leistungsziel zur Energieeinsparung in kreiseigenen Schulen“ der SPD (**Anlage 6**) wird bei

8 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Abg. Reichbauer verlässt den Sitzungssaal.
Ausschussvorsitzender Zehner ruft die GRÜNEN-Anträge zur Beratung auf und beginnt mit dem Antrag zum KEE (**Anlage 7**), den der Abg. Lieber begründet. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel und Müller.

Der Antrag wird bei

3 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag zum Masterplan Energie (**Anlage 8**) wird ebenfalls bei

3 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag zum Forum Erneuerbare Energien (**Anlage 9**) wird bei

3 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag zum Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften (**Anlage 10**) wird nach Aussprache, an der sich die Abg. Mahr, Reichbauer, Gagel, Müller und Landrat Albers beteiligen bei

4 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag zum Bündnis für Familien (**Anlage 11**) wird nach Beiträgen der Abg. Reichbauer, Müller und Gagel bei

4 JA-Stimmen und
8 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag zu Tagesmüttern und Tagesvätern (**Anlage 12**) wird nach Beiträgen der Abg. Reichbauer, Mahr, Gagel und Müller ebenfalls bei

2 JA-Stimmen
8 NEIN-Stimmen und
2 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Zehner ruft die Anträge der LINKEN (**Anlage 15**) zum Haushalt auf und verliert die Beschlussempfehlungen des JUBIS, denen sich der HFA einstimmig anschließt.

Für eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer Rheinbrücke beantragt die FDP (**Anlage 16**) 75.000.- €. Die Mittel sind mit Sperrvermerk zu versehen (Freigabe HFA), der bei positivem Ausgang des Bürgerbegehrens in Rheinland-Pfalz aufgehoben werden kann. Der Antrag wird bei

8 JA-Stimmen und
4 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Gemäß **Anlage 17** beantragt die FDP die Streichung von 30.000.- € bei der Förderung interkommunaler Zusammenarbeit zur Ressourcen- und Energieeinsparung. Der Antrag wird bei

8 JA-Stimmen und
4 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Kürzung bei Pos. 20 (**Anlage 17**) Zuschuss Fahrzeiten von 50.000.- € (gem. Änderungsliste) auf 9.500.- € wird nach Beiträgen der Abg. Barth, Busch und von Landrat Albers bei

6 JA-Stimmen und
6 NEIN-Stimmen
bei Stimmengleichheit

abgelehnt.

Die Anträge der FDP auf Streichung von 4.000.- € bei der Wirtschaftsförderung (**Anlage 18**) werden bei

6 JA-Stimmen und
4 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Der Antrag auf Reduzierung des Stellenplans um 10 Stellen (**Anlage 19**) wird nach Aussprache, an der sich Landrat Albers und die Abg. Müller, Lieber und Rossow beteiligen bei

2 JA-Stimmen
9 NEIN-Stimmen und
1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Barth auf Streichung der Stelle des 1. Kreisbeigeordneten (Seite 497) wird bei

3 JA-Stimmen
6 NEIN-Stimmen und
3 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Mahr für ein Konzept zur besseren EDV-Ausstattung der Schulen im RTK, TOP III. 8 der Tagesordnung Kreistag, in Höhe von 32.000.- € (reduziert von 50.000.- auf 32.000.- €) wird bei

3 JA-Stimmen
5 NEIN-Stimmen und

1 Enthaltung
mehrheitlich

abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Zehner stellt fest, dass keine weiteren Anträge, Fragen oder Wortmeldungen vorliegen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ausschussvorsitzender Zehner ruft sodann den Ergebnishaushalt in der Fassung des Beratungsergebnisses der HFA-Sitzung (**siehe neue Änderungsliste, Anlage 20**) zur Abstimmung auf. Dieser wird bei

2 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
7 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Finanzhaushalt wird bei

3 JA-Stimmen und
3 NEIN-Stimmen und
6 Enthaltungen
bei Stimmengleichheit

abgelehnt.

Der Stellenplan wird bei

4 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
5 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Ergebnis- und Finanzplanung wird bei

4 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
5 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Das Konsolidierungskonzept wird bei

4 JA-Stimmen
2 NEIN-Stimmen und
6 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Die Haushaltssatzung wird bei

4 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
5 Enthaltungen
mehrheitlich

beschlossen.

Der Gesamthaushalt wird abschließend bei

2 JA-Stimmen
3 NEIN-Stimmen und
7 Enthaltungen
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschluss:

1. Der vom Kreisausschuss festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 97 Abs. 3 HGO beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016-2020 wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 101 Abs. 3 HGO beschlossen.
3. Das Haushaltssicherungskonzept wird in der Fassung des Beratungsergebnisses des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 92 Abs. 5 HGO beschlossen.

TOP 3	DS X/227	Flüchtlinge im Rheingau-Taunus-Kreis; hier Stellungnahme zum Berichtsantrag Nr. 11/16 der FDP-Fraktion vom 07.09.2016
-------	----------	---

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

TOP 4	DS X/234	Kreditneuaufnahme in Höhe von 4,0 Mio. € (aus Kreditermächtigung 2015)
-------	----------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

TOP 5	DS X/240	Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)
-------	----------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß §112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen vom 22.01.2013 des HMdLuS festgestellt. Daher wird auch 2016 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet.

Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP 6	DS X/251	Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages; Fortschreibung der Beschlusskontrolle ab dem 06.10.2015 bis 11.07.2016
-------	----------	--

Abg. Müller bittet um Prüfung, ob ein Berichts Antrag der FDP und dessen Antwort in der Aufstellung fehlt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Der von der Verwaltung vorgelegte Bericht zur Kontrolle der Beschlüsse des Kreistages wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7	DS X/181	4. Satzung des Integrationsbeirates
-------	----------	-------------------------------------

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die 4. Satzung des Integrationsbeirats (s. Anlage) und hebt die 3. Satzung des Integrationsbeirats auf.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Die bisherige Satzung des Integrationsbeirats tritt gleichzeitig außer Kraft.

TOP 8	DS X/231	Schaffung von zusätzlichen Sozialwohnungen; hier: Antrag Nr. 24/16 der Fraktion Die LINKE vom 09.11.2016
-------	----------	--

Der HFA empfiehlt bei

4 JA-Stimmen
1 Enthaltung
und dem Rest an NEIN-Stimmen
mehrheitlich

die Ablehnung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Schaffung von zusätzlichen Sozialwohnungen

Der Kreisausschuss wird dringend gebeten alle Möglichkeiten auszuschöpfen damit im Rheingau-Taunus-Kreis erheblich mehr Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Insbesondere soll die Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus in die Lage versetzt werden in größerer Anzahl neue Sozialwohnungen bauen zu lassen.

Dies könnte u.a. durch ein gemeinsames Vorgehen der Gesellschafter bei der Einwerbung von Zuschüssen, als auch durch eine zurzeit besonders kostengünstige Aufnahme von Darlehen erfolgen.

TOP 9	DS X/248	Reaktivierung der Aartalbahn im Rahmen der Citybahn Wiesbaden
-------	----------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis begrüßt und unterstützt das Projekt „City-Bahn Bad Schwalbach - Wiesbaden – Mainz“ und die damit verbundene Reaktivierung der Aartalbahn bis Bad Schwalbach für den „Schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr“ (SPNV).

Der Kreisausschuss wird damit beauftragt, Verhandlungen zum Beitritt des Rheingau-Taunus-Kreises als Gesellschafter zu einer noch zu gründenden „City-Bahn-Planungsgesellschaft“ zu führen.

TOP 10	DS X/256	Aufgabe des Schulstandortes der ehemaligen Rabanus-Maurus-Schule in Oestrich-Winkel und Veräußerung des betreffenden Grundstückes; Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Oestrich-Winkel
--------	----------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Der ehemalige Schulstandort der Rabanus-Maurus-Schule in Oestrich-Winkel wird aufgegeben. Das Entwidmungsverfahren gemäß § 158 (3) Hessisches Schulgesetz ist durchzuführen.

Das Grundstück nebst Gebäuden wird wie es steht und liegt an den/die von der Stadt Oestrich-Winkel benannten Investor/en zum gutachterlichen Wert veräußert.

Der Verkaufserlös wird zwischen Stadt Oestrich-Winkel und dem Rheingau-Taunus-Kreis hälftig geteilt.

Dem beigefügten Entwurf einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Stadt und Kreis wird zugestimmt.

TOP 11	DS X/260	Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Sozialgericht Wiesbaden, Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes, Vorschlagsliste 2017
--------	----------	--

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

In die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Kammern in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes beim Sozialgericht Wiesbaden werden aufgenommen:

1.

TOP 12	DS X/236	DITIB-Moschee; hier Dringlichkeitsantrag Nr. 26/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
--------	----------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Stimmenverhältnis: **3 Ja-Stimmen - 8 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Landrat wird angewiesen, die untere Baubehörde des Rheingau-Taunus Kreises damit zu beauftragen, die Baugenehmigung für die geplante Erweiterung der DITIB-Moschee mit einem geschätzt ca. 12 m hohen Minarett in Bad Schwalbach, Bahnhofstr. 6 solange nicht zu gewähren, bis

- 1. Bürgervertreter und Öffentlichkeit die Möglichkeit gehabt haben, Einsicht in die Pläne zu nehmen.**
- 2. die Stadtverordnetenversammlung dieser Maßnahme zugestimmt hat, so wie es nach BauGB und HGO gesetzlich vorgeschrieben ist.**

Die Öffentlichkeit soll anhand einer Planzeichnung über Art und Umfang des geplanten Minaretts informiert werden.

TOP 13	DS X/238	2,5 Prozenthürde; hier: Antrag Nr. 28/16 der AfD-Fraktion vom 18.11.2016, eingegangen am 21.11.2016
--------	----------	---

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Stimmenverhältnis: **2 Ja-Stimmen - 4 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises lehnt die Forderung des Hessischen Landkreistages, eine 2,5 Prozhürde für die Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen in der Hessischen Landesverfassung zu verankern, ab.

Der Kreistag weist die Aussage des Präsidenten Erich Pipa (Landrat Main-Kinzig-Kreis, SPD), wonach die ersatzlose Streichung der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen im Jahr 2001 die politische Arbeit und Mehrheitsfindung in den Kreistagen erschwert habe, als nicht der Realität im parlamentarischen Alltag entsprechend zurück.

Der Landrat und der Kreisausschuss werden beauftragt, sich bei den zuständigen Gremien und Verbänden, insbesondere dem kommunalen Spitzenverband, für den Erhalt des bestehenden Kommunalwahlrechts in Hessen einzusetzen.

TOP 14	DS X/269	Vorlage der Jahresabschlüsse verschiedener Beteiligungen für 2015
--------	----------	---

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Stimmenverhältnis: 0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen

Beschluss:

TOP 15	DS X/263	Bericht des Portfoliobeirates zum Zins- und Kreditmanagement
--------	----------	--

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Stimmenverhältnis: 0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen

Beschluss:

TOP 16	DS	Tagesordnung der Kreistagssitzung am 07.02.2017
--------	----	---

Die Empfehlungen zur Tagesordnung sind in der **Anlage 21** aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

TOP 17	DS	Verschiedenes
--------	----	---------------

Unter dem Punkt Verschiedenes wird angeregt, dass der Kreistagsvorsitzende vor der Sitzung des Kreistages mit den Fraktionsvorsitzenden das Verfahren der Beratung des Haushaltes nochmals abstimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenverhältnis: **0 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen**

Beschluss:

Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte:

TOP	DS	
-----	----	--

Abstimmungsergebnis:

Stimmenverhältnis: **Ja-Stimmen - Nein-Stimmen - Enthaltungen**

Beschluss:

Bad Schwalbach, 3. Februar 2017

.....
() **Ausschussvorsitzender**

.....
() **Schriftführer**